Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht. Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 6.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 4.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Geschäftsanz. a. Ausgab. die einspalt. Nonpareillezeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.50, von auswärts Mk. 4.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile Mk. 1.50. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck-Konto Nr. 17080 bis 17099 — Postscheckkonto Leipzig 2004. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 507 — Sonntag, den 16. Oktober — 1921

Annahme des Genfer Spruches im Botschafterrat

Offiziöse Kundgebungen aus London und Paris

London, 15. Oktober.

Reuter verbreitet folgende Mitteilung: Die Botschafterkonferenz ist mit der Veröffentlichung der Empfehlungen des Völkerbundrates bezüglich Oberschlesien, die jetzt die Zustimmung der britischen Regierung erhalten haben, betraut worden. Diese Körperschaft wird demgemäß die Interalliierte Abstimmungskommission über das Wesen der Entscheidung unterrichten, und sie auch der deutschen und der polnischen Regierung zur Kenntnis bringen. Die britische Regierung erkennt an, daß die Regelung sehr gerecht und unparteiisch ist. Wie sie selbst die Empfehlungen ohne Rückfrage und Bedenken annimmt, so erwartet sie, daß dies von allen beteiligten Parteien in gleichem Sinne geschehen wird.

Paris, 15. Oktober.

Havas berichtet: Die britische Regierung hat die französische Regierung benachrichtigt, daß sie die französischen Anregungen über das hinsichtlich der Empfehlungen des Völkerbundrates einzuschlagende Verfahren annehme. Die Botschafterkonferenz wird also beauftragt, diese Empfehlungen in Beschlüsse umzuformen und sie wird geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung ihrer Anwendung festsetzen. Wegen der wirtschaftlichen Anregungen, die diese Empfehlungen begleiten, wird die Botschafterkonferenz ohne Zweifel die deutsche und die polnische Regierung auffordern, Bevollmächtigte zur Besprechung der wirtschaftlichen Verwaltung zu bestimmen, die in dem durch die neue Grenzlinie geteilten Oberschlesien einzuführen wäre. Der Beschluß der Botschafterkonferenz wird veröffentlicht werden, wenn ihn die beteiligten Regierungen empfangen haben werden.

*

Die Botschafterkonferenz hat sich in ihrer heutigen Sitzung der vom Völkerbundrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzziehung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Vereinbarung, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden soll, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgesetzt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

Die Lösung, die keine Lösung ist

Genf, 15. Oktober.

In gutunterrichteten Kreisen macht man mit großer Bestimmtheit die Auffassung geltend, daß die oberschlesische Frage, was die wirtschaftlichen Probleme betrifft, auch nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Obersten Rates durchaus nicht als gelöst angesehen werden kann. Die wirtschaftlichen Bestimmungen, die das amtliche Communiqué als wesentlichen Teil der Lösung darstellt, hängen noch völlig in der Luft. Der Friedensvertrag könne nämlich weder Deutschland noch Polen die Annahme des vorgeschlagenen Wirtschaftsabkommens aufzwingen. Man müßte entweder mit einer Ablehnung oder gar mit direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen rechnen, die sich sehr lange hinziehen könnten. Die Folge wäre also, daß nur die Grenzlinie absolut bindenden Charakter trägt, und daß infolgedessen, da die Wirtschaftsklausel bisher nur auf dem Papier stehe, tatsächlich die Lösung bis auf weiteres nichts anderes bedeute als eine glatte Zerreißung des Industriegebietes. Diese Auffassung wird bestätigt in einem Pariser Telegramm des Journal de Genève, demzufolge Deutschland und Polen, die die territoriale Teilung annehmen müssen, selbstverständlich das Recht haben, das Wirtschaftsabkommen nicht abzuschließen. Das sei durchaus Sache Polens und Deutschlands; es läge aber in ihrem Interesse, die Vorschläge anzunehmen.

Die Auffassung eines „Unparteiischen"

(Eigener Drahtbericht)

Genf, 16. Oktober.

Die in Deutschland vielfach vertretene Anschauung, daß bei einer geringfügigen Abstimmungsmehrheit für Polen die Entscheidung über Oberschlesien zweifellos dahin ausgefallen wäre, daß ganz Oberschlesien Polen zugeteilt worden wäre, wird hier mit aller Energie bestritten unter Hinweis auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages, der ganz ausdrücklich und an mehreren Stellen von einer Teilung Oberschlesiens nach dem Ergebnis der Volksabstimmung spreche. Aus diesem Grunde habe der Völkerbundsrat unter Ablehnung aller anderen Pläne sich für die Teilung ausgesprochen, weil jede andere Entscheidung unter Berufung auf den Versailler Vertrag hätte angefochten werden können. Ein Mann aus dem Völkerbundssekretariat, der nicht in dem Verdacht der Deutschfeindlichkeit steht und ein ehrlicher Anhänger des Völkerbundsgedankens ist, erklärte wörtlich folgendes: „Was will man eigentlich in Deutschland vom Völkerbund? Warum beschimpft man den Völkerbund, den Rat und den Präsidenten Grafen Ishii wegen seiner Schlußrede? Was hatte denn ein einigermaßen unparteiisches Schiedsgericht anderes tun sollen, als eine Mittellinie ziehen, nachdem die Volksabstimmung doch nun einmal 40 Prozent polnische Stimmen ergeben hat? In der ganzen Welt außerhalb Deutschlands hätte man doch jede andere Entscheidung, die etwa aus rein wirtschaftlichen Gründen ein Gebiet mit 40 Prozent polnischer Bevölkerung, die ausdrücklich den Wunsch nach Anschluß an Polen ausgedrückt hat, ganz bei Deutschland gelassen hätte, als eine der schwersten Ungerechtigkeiten angesehen. Und hätte man dann nicht in Deutschland selbst im umgekehrten Falle eine solche Entscheidung mit noch größerem Geschrei empfangen als jetzt? Ich bin ganz überzeugt, daß, wenn erst einmal der erste Zorn verraucht sein wird, den ich nach der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung durchaus verstehe, man sich auch in Deutschland Rechenschaft davon geben wird, daß die Entscheidung des Völkerbundes wirklich unparteiisch und korrekt ist.

Polnischer Protest gegen die Teilung

Paris, 15. Oktober.

Die polnische Sektion des Bundes der Oberschlesier hat folgendes, die neue Entwicklung in Oberschlesien scharf zeichnendes Telegramm an den Völkerbundsrat in Genf gesandt:

Hoher Völkerbundsrat! Die polnische Sektion des Bundes der Oberschlesier erhebt schärfsten Einspruch gegen eine Teilung der oberschlesischen Heimat und erblickt in der angeblichen geplanten Teilung Oberschlesiens eine durchaus unsachliche und den Willen des oberschlesischen Volkes in keiner Weise entsprechenden Regelung der oberschlesischen Frage. Wenn die Zeitungsmeldungen aus Genf zutreffen, droht unserer Heimat eine Zeit schwersten inneren Zerwürfnisses, wirtschaftlicher Niedergang und unerträgliches Leid. Wir polnischen Oberschlesier verlangen daher nochmals, daß wir vor der Entscheidung über unsere Heimat angehört werden.

Verdächtigung der deutschen Absichten

(Eigener Drahtbericht.)

Breslau, 15. Oktober.

Der Oberste polnische Volksrat veröffentlicht in den Sonntagsausgaben der oberschlesischen polnischen Zeitungen einen Aufruf, in dem die Verleumdung enthalten ist, daß die Deutschen Vorbereitungen zu bewaffneten Unruhen treffen, um in letzter Stunde das Urteil des Völkerbundrates umzustoßen und den Obersten Rat zum Nachgeben zu zwingen.

*

In einer Kritik gegen den vom Völkerbund vorgenommenen Schnitt durch das Industriedreieck Oberschlesiens verweist die Neue Züricher Zeitung auf die bereits wieder auftauchenden versteckten Drohungen von polnischer Seite. Das Blatt erklärt, daß man nach den Erfahrungen, die man mit Korfanty gemacht hätte, solche Andeutungen nicht allzuleicht nehmen darf.

*

Von polnischer Seite in Genf wurde einem Mitarbeiter der Liberté erklärt, die Genfer Lösung habe in Polen Enttäuschung erweckt, da sie als ungerecht empfunden werde. Trotzdem versuche die polnische Regierung alles, um die Bevölkerung zu beruhigen. Falls es in Oberschlesien zu Blutvergießen kommen sollte, würde es die Schuld der Deutschen (!) sein, die eine große Kundgebung in Kattowitz vorbereiteten.

Keynes über die deutsche Wiedergutmachung

London, 15. Oktober.

Laut Manchester Guardian erklärte Keynes auf der Konferenz für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Weltfrieden, während der Friedenskonferenz hätten die Menschen den Kopf verloren und bezüglich der deutschen Wiedergutmachung in Zahlen von astronomischer Größe gesprochen. Jetzt seien die Menschen ruhiger geworden und somit in der Lage, diese Frage vernünftiger zu besprechen. Es bestehe nicht der geringste Grund, anzunehmen, daß Deutschland nicht vollkommen in der Lage sei, den gesamten Schaden wieder gutzumachen. Man wisse jetzt, daß in Nordfrankreich etwa 300 000 Häuser zerstört und ebenso viele beschädigt wurden. Angenommen, jedes Haus koste 1000 Pfund, so würde dies weniger betragen, als die Zinsen, die Deutschland jetzt in einem Jahre bezahlen muß. Frankreichs Verluste durch den Kohlenmangel seien nicht so groß, wie man gemeinhin annehme. Die Erzeugung der französischen Kohlenbergwerke habe den zwanzigsten Teil der Kohlenerzeugung Großbritanniens betragen. Auch hier liege die Summe im Bereich der deutschen Zahlungsfähigkeit. Das gleiche gelte von der Wiederherstellung der verwüsteten Felder. Wenn man den Gesamtschaden zusammenrechne, so bestehe kein Grund, weshalb Deutschland nicht innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums ihn wieder gutmachen könne. Die Rechnung der Alliierten für angerichtete Verwüstungen betrage jedoch nur ein Drittel der gesamten Reparationsforderung; die anderen zwei Drittel enthielten Pensionszahlungen. Die Forderungen ständen im Widerspruch damit, wozu sich die Alliierten beim Abschluß des Waffenstillstandes verpflichtet hätten.

Der französische Delegierte Longuet stimmte den Ausführungen Keynes über die Pensionsforderung der Alliierten zu.

Kriegsbeschuldigten-Prozesse in Bulgarien.

Der Prozeß gegen die elf Mitglieder des Kabinetts Radoslawow, die Bulgarien veranlaßt hatten, auf seiten Deutschlands in den Krieg einzutreten, hat in Sofia begonnen. Radoslawow, der sich in Berlin befindet, ist nicht erschienen; er wird in contumacium abgeurteilt werden. Man nimmt an, daß der Prozeß ungefähr einen Monat lang dauern wird.

Ein kommunistischer Betrüger

In Recklinghausen-Ruhr hat der kommunistische Führer Gustav Hammer Gelder, die für die Rußlandhilfe bestimmt waren, unterschlagen. Der Betrüger war nicht nur im Ruhrrevier, sondern auch weit darüber hinaus als der größte Schreier und Beschimpfer der freien Gewerkschaften bekannt. Er gehörte der Geschäftsleitung der Freien Arbeiter-Union in Gelsenkirchen an. Die K. P. D. möchte nun gern die Verantwortung für das ganze Verhalten Hammers in Bausch und Bogen ablehnen, wie sie es immer zu tun pflegt. Das wird aber nichts nützen.

Politische Wochenschau

Von

Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Der Stand des politischen Barometers wechselt in unserer gewitterschwülen Zeit oft binnen einer Woche auf das empfindlichste. Zu Beginn der hinter uns liegenden Woche war das Barometer gestiegen. Die Vereinbarungen zwischen Rathenau und Loucheur bedeuteten, an sich gewürdigt, einen politischen und moralischen Erfolg insofern, als es gelungen war, auch mit Frankreich zu einem wirklichen Vertrage unter gegenseitigem Ausgleich der Interessen zu kommen. Nach der wirtschaftlichen Seite war der Wert der Vereinbarung für Deutschland darin zu erkennen, daß Deutschland eine Goldmilliarde weniger in Devisen an das Ausland zu zahlen brauchte, und diese Goldmilliarde künftig in deutscher Währung an seine eigenen Lieferanten für Sachleistungen und Sachlieferungen hätte auszahlen können. Anderseits kam Frankreich mit diesen Vereinbarungen ebenfalls auf seine Rechnung, denn sie stellten sich als eine wesentliche Entlastung des eigenen Haushaltes der französischen Republik und als eine starke unmittelbare Förderung des Wiederaufbaues seiner verwüsteten Gebiete dar. Die Befriedigung über das Abkommen sollte auf deutscher Seite nicht lange ungetrübt bleiben, denn von Genf her näherte sich eine politische Depression, die das politische Barometer auf einen Tiefstand fallen läßt, wie wir ihn seit dem Betruge von Versailles nicht zu verzeichnen gehabt haben.

Wenn auch die amtliche Mitteilung der Entscheidungen des Völkerbundsrates über Oberschlesien zur Stunde noch aussteht, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Hoffnungen Deutschlands auf eine gerechte Lösung dieses Problems die schwersten Enttäuschungen erfahren werden. Die befürchtete Zerreißung des Industriegebietes wird ebenso zur Tat werden, wie die Zuteilung rein deutscher Gebiete an Polen. Die Folgen der Entscheidung des Völkerbundsrates sind unübersehbar. Nur so viel läßt sich schon jetzt klar erkennen, daß diese Zerstückelung Oberschlesiens einen wirtschaftlichen Tiefstand für Deutschland herbeiführen wird, der mit denkbar schwerstem Druck auf der breiten Masse des Volkes liegen muß. Die nächste Wirkung der Entscheidung war ein Sturz der deutschen Mark, der einer völligen Entwertung dieses deutschen Zahlungsmittels gegenüber dem Auslande gleichkommt. Die Mark gilt im Weltwirtschaftsverkehr heute noch drei Pfennige. Was das heißt, muß man sich mit nüchternen und ungeschminkten Worten klar machen: es bedeutet die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Auslande, und es bedeutet die Fortsetzung der im Kriege gegen uns geübten Blockade auf dem Gebiete der Versorgung Deutschlands mit lebensnotwendigen Rohstoffen, mit Wolle, Baumwolle, Auslandgetreide usw. Eine bis zu österreichischem Ausmaße sich steigernde Verteuerung der Bekleidung und wichtigen Lebensmittel muß die naturnotwendige Folge sein.

Die sehr bald eintretenden weiteren Folgen sind politische Unruhen in Oberschlesien selbst. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die deutsche Arbeiterschaft in den beteiligten Industriegebieten diese Vergewaltigung nicht gefallen lassen wird, da es gegen ihr Lebensinteresse verstößt, von Deutschland mit seiner hochentwickelten Gewerkschaftsbewegung und seinen wohl ausgebauten sozialen Einrichtungen losgerissen und an Polen verschachert zu werden, das in dieser Beziehung nur kümmerliche Anfänge aufzuweisen hat. Auf polnischer Seite wird man nicht untätig bleiben, und so wird im Osten Deutschlands ein Brandherd entstehen, von dem die schwersten Gefahren nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa drohen. Eine weitere, sehr bald bemerkbar werdende Folge wird der Rückgang der Kohlenversorgung Deutschlands sein. Wenn auch nach den Versailler Bestimmungen Polen an uns die nötigen Kohlen liefern soll, so nützt selbstverständlich eine solche Vorschrift nichts, wenn unter den wirtschaftlichen Erschwerungen, die die Teilung mit sich bringt, und unter der dauernden Spannung der Lage die Kohlenförderung selbst auf ein Mindestmaß herabgeht.

Wie müssen sich Regierung und Reichstag gegenüber diesen Ereignissen einstellen?

Bei Beantwortung dieser Frage darf man sich von rein gefühlsmäßigen Erwägungen allein nicht bestimmen lassen. Die Politik der „verdorrten" Hand kann man nicht zweimal treiben, ohne sich unsterblich lächerlich zu machen, und Proteste gegenüber unseren Feinden wirken ertötend, wenn hinter ihnen nicht der Wille zur Tat steht. In der Verurteilung dieses neuen Gewaltaktes sind sich alle Deutschen, die den Anspruch auf den Namen eines Deutschen erheben, einig; niemals wird diese Losreißung Oberschlesiens als ein rechtsgültiger Akt von Deutschland anerkannt werden. Es ist richtig und nützlich, wenn dem von den zuständigen Stellen und in möglichst zahlreichen Kundgebungen aus der Masse des Volkes heraus Ausdruck geben wird. Für die von jetzt ab einzuschlagende Richtung der deutschen Politik hat man von der grundlegenden Tatsache auszugehen, daß die Entscheidung über Oberschlesien einen schweren Schlag gegen die bisher von Deutschland eingeschlagene Politik des guten Willens und der Erfüllung bedeutet. Die Politik der gegenwärtigen Regierung hat auf einem lebenswichtigen Gebiete eine erschütternde